



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

18. Sitzung (öffentlich)

8. Mai 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen	8
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/1257	

Der Ausschuss beschließt, zeitnah eine Anhörung durchzuführen. Als Termin ist bereits der 26. Juni 2013 ins Auge gefasst worden.

2 Generellen Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende aufheben – Homosexuelle Männer nicht unter Generalverdacht stellen –**9**

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/1627

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1920

APr 16/185

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/290 mit den Stimmen von FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion an.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der durch die Annahme des Änderungsantrags der FDP nunmehr geänderten Fassung Drucksache 16/1627 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion an.

3 Entwurf des Krankenhausplans NRW 2015**10**

Vorlage 16/488
Vorlage 16/543

Apr 16/190

Die Stellungnahme der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erlangt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen die mehrheitliche Zustimmung.

Die Stellungnahme der Fraktionen von CDU und FDP erlangt gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der Fraktionen von FDP und CDU sowie Enthaltung der Piratenfraktion keine mehrheitliche Zustimmung.

Die Stellungnahme der Piraten erlangt gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der Piratenfraktion und Enthaltung der Fraktionen von FDP und CDU ebenfalls keine mehrheitliche Zustimmung.

- 4 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die gesonderte Berechnung nicht geförderter Investitionsaufwendungen für Pflegeeinrichtungen nach dem Landespflegegesetz (2. ÄndVO GesBerVO)** 16

Vorlage 16/824

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

- 5 Kinderschutz stärken – Interkollegialen Austausch von Kinderärzten bei Verdacht auf Kindesmisshandlungen ermöglichen!** 17

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2433

Zunächst wird der Vorschlag des federführenden Ausschusses abgewartet.

Im Hinblick auf die Thematik „Vorsorgeuntersuchung U3“ – Expertenanhörung und Auswertung – wird abgewartet, welche Vorgehensweise seitens des Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie vorgeschlagen wird.

- 6 Bericht über die derzeitige Situation der ambulanten Pflege/häuslichen Krankenpflege in NRW** 18

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/853

Die Ministerin berichtet. – Der Bericht wird diskutiert.

- 7 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen** 21

Gesetzentwurf

der Landesregierung
Drucksache 16/1188
APr 16/168

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten zu einem neuen Artikel 7 – Änderung des Heilberufegesetzes – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der CDU mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vorliegenden Form bei Enthaltung der Fraktion der Piraten einstimmig an.

8 Bericht über die Situation der Wohnungslosen und Wohnungslosenhilfe in NRW 25

Vorlage 16/814

- Bericht der Landesregierung

9 Landesinitiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ – Studie zur Analyse der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse 30

Vorlage 16/752

Vorlage 16/827

- Bericht der Landesregierung

Das Ministerium wird gebeten, einen Bericht über vorhandene Kontrollmechanismen zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen im Minijobbereich vorzulegen.

10 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten 40

Antrag

der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2118

Zunächst wird der Vorschlag des federführenden Ausschusses abgewartet.

11 Inklusion im Sport voranbringen – Gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Behinderung fördern **41**

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/2275

Der federführende Ausschuss hat eine Anhörung beschlossen, die voraussichtlich am 1. Oktober 2013 ab 13:30 Uhr bzw. 14:00 Uhr stattfinden wird. An dieser Anhörung wird der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilnehmen.

12 Erstes Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz) **42**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2432 (Neudruck)

Am 5. und 6. Juni 2013 findet eine Anhörung statt. An dieser Anhörung wird sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales als Pflichtsitzung beteiligen.

13 Verschiedenes **43**

Für die Informationsreise des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales im September 2013 wird eine Delegationsstärke von 5 : 3 : 2 : 1 : 1 vereinbart.

12 Erstes Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2432 (Neudruck)

Vorsitzender Günter Garbrecht erinnert daran, dass das Plenum am 24. März 2013 den Gesetzentwurf nach erster Lesung einstimmig an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – und an den Hauptausschuss, an den Ausschuss für Kommunalpolitik, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung überwiesen habe.

Heute sei die erste Beratung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Er teile aber mit, dass sich die Mehrheit der vier aufgeführten Ausschüsse an der beschlossenen Anhörung des federführenden Ausschusses, die am 5. und 6. Juni stattfinde, als Pflichtsitzung angeschlossen habe. Sei Vorschlag sei, dass sich auch der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales an dieser Anhörung als Pflichtsitzung beteiligen solle.

Am 5. und 6. Juni 2013 findet eine Anhörung statt. An dieser Anhörung wird sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales als Pflichtsitzung beteiligen.

